

Schottland fällt 14 Millionen Bäume, um Platz für Windräder zu machen!

geschrieben von Chris Frey | 28. November 2021

Adam Houser

In Schottland, dem Austragungsort des 26. Klimagipfels der Vereinten Nationen (COP26), wurden 14 Millionen Bäume gefällt, um Platz für neue Windkraftanlagen zu schaffen. Wie *The Herald* berichtet, wurden die Bäume für 21 Windturbinenprojekte entfernt.

„Die schottische Regierung hat zwar versichert, dass mehr Bäume gepflanzt wurden, aber es ist nicht bekannt, wie groß der Anteil der reifen Pflanzen ist, die eine größere Rolle bei der Umwandlung von Kohlenstoff in Sauerstoff spielen. Eine schottische Naturschutzorganisation, die in den Highlands fast zwei Millionen Bäume gepflanzt hat, ist der Ansicht, dass sowohl Windparks als auch Bäume der Schlüssel zur Reduzierung des Kohlenstoffgehalts sind.“

Die Abholzung von Bäumen erscheint besonders ironisch, wenn man bedenkt, dass sich die Staats- und Regierungschefs auf dem jüngsten COP26-Klimagipfel in Glasgow, Schottland, darauf geeinigt haben sollen, die Abholzung bis 2030 zu [beenden](#).

Der Herald berichtet weiter: „Ein Sprecher von Forestry and Land Scotland (FLS) sagte, dass Erneuerbare Energien und Wälder der Schlüssel zu Schottlands Beitrag zur Abschwächung des [Klimawandels](#) sind, und FLS verwaltet beide Elemente erfolgreich.“

Die Zahl der Bäume, die in den letzten 20 Jahren für die Entwicklung von Windkraftanlagen in den von FLS verwalteten schottischen Wäldern und Flächen gefällt wurden, beläuft sich auf 13,9 Millionen. Es ist jedoch anzumerken, dass diese Bäume – da es sich um eine kommerzielle Ernte handelt – letztendlich ohnehin gefällt und in die Holzlieferkette überführt werden.“

Sobald jedoch Windkraftanlagen an dem Ort errichtet werden, an dem die Bäume einst standen, können sie dort nicht mehr als Teil einer nachhaltigen Holzlieferkette nachwachsen.

Der vollständige Artikel steht [hier](#).

Autor: [Adam Houser](#) coordinates student leaders as National Director of CFACT's collegians program and writes on issues of climate and energy.

Link:

<https://www.cfact.org/2021/11/22/scotland-cut-down-14-million-trees-to-make-way-for-wind-power/>

„Wir haben zu lange abgedrehten Klimawandelskeptikern zugehört“ – sagt ZDF-Wissenschaftsjournalist

geschrieben von AR Göhring | 28. November 2021

von AR Göhring

Die #allesdichtmache-Affäre um Jan Josef Liefers zeigte es: Es sind heuer vor allem Journalisten, die totalitäre Narrative wie „Weltuntergang“ durchzusetzen versuchen und damit Politiker vor sich hertreiben.

TerraX und andere jahrzehntealte Wissenschaftsformate von ARD, ZDF und ihren vielen kleinen Sendern einschließlich deren Internetauftritten sind in den letzten Jahren zu Verkündern des Klima- und Ökoalarmismus geworden. Kaum noch eine ÖR-Natursendung kommt ohne Verweis auf die angeblich menschgemachte Klimakrise aus, wobei tatsächliche Naturzerstörungen durch Windkraftwälder und Photovoltaik-Pflasterungen fast nie zur Sprache kommen.

Das ist recht subtil, aber nachdem durch dieses „Framing“ die Märchen zur öffentlichen Meinung geworden sind, wird im Stile von Ralf Stegner fleißig drauf los gepöbelt. Aktuelles Beispiel ist der eigentlich sympathische Dirk Steffens vom ZDF, der als Weltenbummler für Sendungen wie *TerraX* oder das *Traumschiff* dreht. War er früher für unterhaltsame Information zuständig, verlegt er sich mittlerweile wie sein Freund und Bürogenosse Harald Lesch immer mehr auf die Politik und Gruppendenken.

In einem Interview mit dem *Redaktionsnetzwerk Deutschland* (u.a. SPD) RND sagt er Dinge, die so gar nichts mehr mit dem freundlichen und beliebten Reisereporter von früher zu tun haben. Ein paar Kostproben:

Wir haben zur Klimakrise so lange die andere Seite eingeladen, irgendwelche abgedrehten Klimawandelskeptiker, die den Eindruck erwecken wollten, auch sie hätten eine wissenschaftliche Grundlage. Dabei gibt es Zehntausende Studien, die den menschengemachten Klimawandel nachweisen, und vielleicht eine Handvoll, die das nicht tun. Diese wenigen sind so irrelevant, daß ich dazu niemanden einlade oder befrage.

Da fragt man sich, wen er meint. Michael Limburg und Horst Lüdecke vor zwölf Jahren? Das eine Mal? Dirk Maxeiner bei *hart aber fair* vor 2010? Oder den AfD-Chef aus Bayern in der *Münchener Runde* dieses Jahr? Oder Guido Reil das eine Mal bei Markus Lanz? Viel mehr ist ja nicht gewesen in den letzten zehn Jahren. Das ist wirklich schon selektive Realitätswahrnehmung: Wer dem elitären Narrativ widerspricht, wird als häufig auftretende Macht wahrgenommen, ähnlich wie wir mit unserer Klimakonferenz in Gera.

Es geht in Wirklichkeit um Interessen, vor allem um Geldflüsse durch Umverteilung von unten nach oben. Man sieht es daran, daß die Weltretter typischerweise exakt das Gegenteil dessen tun, was sie den bösen Klimaleugnern vorwerfen – die Luft mit CO₂ vollpumpen. Gibt Steffens sogar ganz offen zu:

Ich war in diesem Jahr in der Arktis, in Namibia, in Irland und demnächst geht es nach Portugal. (...)

Damit ihm das intellektuell nicht auf die Füße fällt, behauptet er schnell, daß das widersprüchliche Verhalten seines Millionärsmilieus ja gar nicht das Problem sei:

Durch die Einstellung des gesamten Flugverkehrs und eines Teils des Berufsverkehrs, durch reduzierte industrielle Produktion sparten wir während der Pandemie so ungefähr 7 Prozent an CO₂-Emissionen. Also viel zu wenig, um die Klimakrise zu stoppen.

Verzicht ist gut, aber reicht nicht aus.

(...)

Aber sie fordern etwa, daß man keine Fernflüge mehr machen soll.

Damit beschäftige ich mich persönlich natürlich viel, weil ich in meinem Beruf auf Fernflüge angewiesen bin. Man merkt da, daß der Verzichtswunsch zu kurz greift.

Deswegen verlegt sich der Wissenschaftsjournalist lieber auf den Kampf gegen den „gesellschaftlichen Feind“, weswegen man den Journalismus auch nicht mehr normal betreiben könne.

Die Wahrheit liegt verdammt noch mal nicht in der Mitte.

Muß man also auch beispielsweise Klimaleugner zu Wort kommen lassen?

Es ist falsch, über Unsinn zu berichten und Verblendeten das Wort zu erteilen. Wir haben das journalistisch die ganze Zeit

gemacht und damit riesigen Schaden angerichtet. Es ist ein journalistisches Grundversagen. Wendet man das Prinzip des politischen Journalismus – mit allen Seiten zu sprechen – auf den Wissenschaftsjournalismus an, wird es katastrophal falsch.

Das muß man gar nicht weiter kommentieren, wenn schon wieder einer der Quantitätsjournalisten der ÖR sein professionelles Ethos („nicht mit einer Sache gemein machen, auch nicht mit einer guten“) einfach so in die Tonne tritt.

Man kann nur hoffen, daß sich Steffens traut, auch in Talkshows wie *Lanz* oder gleich in einer seiner Dokus derart loszupoltern. Ob die unpolitischen Naturfreunde unter den Zusehern dann nicht langsam ungeduldig werden?

Wegen Atomausstieg: Deutschland braucht neue Lückenbüsser-Kraftwerke

geschrieben von Admin | 28. November 2021

Die Versorgung nur mit erneuerbarer Energie funktioniert nicht: Pünktlich zum Atomausstieg baut Deutschland neue Gaskraftwerke, die einspringen, wenn Wind und Sonne keinen Strom liefern. Das Gleiche steht wohl auch in der Schweiz bevor.

von Alex Reichmuth

Es hat eine gewisse Symbolik: Im südhessischen Biblis haben zwei Atomblöcke zuverlässig Strom produziert, bis sie 2011 nach dem Unfall von Fukushima auf Geheiss von Bundeskanzlerin Angela Merkel überstürzt vom Netz genommen wurden. Jetzt baut der Energiekonzern RWE, der einst die AKWs betrieb, auf dem Kraftwerksgelände ein Gaskraftwerk, das notfallmäßig zum Einsatz kommen soll, wenn in Deutschland der Strom knapp wird.

Das Kraftwerk wird eine Leistung von 300 Megawatt haben, was knapp soviel ist, wie die beiden Blöcke des Atomkraftwerks Beznau je liefern. Es soll im nächsten Oktober bereitstehen. Bis Ende 2022 will Deutschland seine verbliebenen sechs AKWs stilllegen.

In Süddeutschland wird der Strom knapp

Das Gaskraftwerk in Biblis ist eines von vier Werken mit der Bezeichnung «Netzstabilitätsanlagen», die derzeit in Süddeutschland gebaut werden. Sie dienen einzig dazu, kritische Situationen, in denen zu wenig Strom

ins Netz fliesst, zu überbrücken. Darum dürfen sie nicht am Strommarkt teilnehmen. Es handelt sich um Lückenbüßer-Kraftwerke, die nur zum Einsatz kommen, wenn Wind und Sonne witterungsbedingt nicht liefern können oder andere Kraftwerke ausfallen.

Denn nach dem Betriebsschluss der AKWs wird die Netzstabilität vor allem in Süddeutschland leiden. Kraftwerke, die wetterunabhängig zuverlässig Strom liefern, werden knapp. Zwar produzieren Windanlagen im Norden des Landes einiges an Elektrizität, doch kann diese wegen des stockenden Ausbaus der Stromnetze nur unzureichend nach Süden geleitet werden. Es braucht darum eine vergleichsmässig geringe Störung, und schon droht der Blackout.

Die Rede ist von einer «Übergangsphase»

Bekannt ist, dass Deutschland seit Jahren unrentable Gas- und Kohlekraftwerke in Bereitschaft hält, um Stromengpässe zu überbrücken. Nach dem Atomausstieg sind jetzt aber sogar neue Gaskraftwerke nötig, um die Netzstabilität zu sichern. Die vier Kraftwerks-Standorte sind aufgrund von Ausschreibungen der zuständigen Übertragungsnetzbetreiber vergeben worden. Die Anlagen können innerhalb von einer halben Stunde hochgefahren werden.

«Die Energiewende ist ein langer Prozess, bei dem wir auch auf Übergangstechnologien zurückgreifen müssen.»

Franz Untersteller, Grüne, Umweltminister Baden-Württemberg

Vorgesehen ist, dass die neuen Gaskraftwerke zehn Jahre bereitstehen. Von einer «Übergangsphase» ist die Rede. Ob anschliessend wirklich darauf verzichtet werden kann, ist fraglich. Denn Deutschland will bald auch aus der Kohleverstromung aussteigen. Zuverlässige Bandenergie wird damit nochmals knapper.

«Schmerzlich, aber vertretbar»

Seit Oktober 2020 baut der Energiekonzern EnBW in Marbach in Baden-Württemberg ein weiteres der vier Lückenbüßer-Kraftwerke. Es handelt sich um ein Werk mit Gasturbinen, die aber mit Heizöl angetrieben werden. Franz Untersteller, grüner Umweltminister des Bundeslandes, vollzog den Spatenstich in Marbach eher lustlos: «Die Energiewende ist ein langer Prozess, bei dem wir auch auf Übergangstechnologien zurückgreifen müssen.» Der Einsatz von Heizöl sei zwar «schmerzlich, aber vertretbar».

Der Bau der vier Backup-Kraftwerke ist das Eingeständnis, dass die Stromversorgung nach dem Atomausstieg ohne fossile Kraftwerke nicht zu gewährleisten ist. Es scheint, dass sich Deutschland dafür schämt – denn

es sind auffällig wenig Presseberichte über die «Netzstabilitätsanlagen» erschienen. Vor allem zu den Kosten dieser Werke sind kaum Informationen bekannt.

Schweigen zu den Kosten

Mit einiger Recherche lässt sich herausfinden, dass der Bau der vier Anlagen je etwas über 100 Millionen Euro kostet. Ansonsten herrscht zur Finanzierung Schweigen. Eine Anfrage bei EnBW endet ergebnislos: «Für den Betrieb der Anlage und deren Vergütung gibt es einen Vertrag mit dem Übertragungsnetzbetreiber, der der Vertraulichkeit unterliegt», schreibt das Unternehmen. Auch der Konzern RWE, der hinter dem Gaskraftwerk in Biblis steht, macht zu den Kosten und der Finanzierung keine Angaben.

Selbst Gaskraftwerke, die durchgehend in Betrieb sein dürfen, standen in den letzten Jahren oft still, weil ihre Produktion sich nicht rechnete.

Klar ist, dass sich die vier Reservekraftwerke bei weitem nicht gewinnbringend betreiben lassen. Selbst Gaskraftwerke, die durchgehend in Betrieb sein dürfen, standen in den letzten Jahren oft still, weil ihre Produktion sich nicht rechnete. Die Kosten für den Bau und die Bereithaltung der Reservewerke werden den Stromkunden in Rechnung gestellt. Diese müssen neben den Milliardenkosten für unrentablen Wind- und Solarstrom nun auch teure Backup-Anlagen berappen.

Der «Irrsinn von Irsching»

Geradezu absurd wird die neue Reservestrategie Deutschlands in Irsching in Bayern, wo das Energieunternehmen Uniper ebenfalls eines der vier «Netzstabilitätsanlagen» baut. Uniper betreibt dort schon seit rund zehn Jahren zwei hochmoderne Gaskraftwerke. Doch diese sind die meiste Zeit nicht am Netz, weil sich die Produktion nicht lohnt.

Schon lange drängt Uniper darauf, die beiden Gaskraftwerke stillzulegen. Doch die Bundesnetzagentur hat das untersagt, weil die Werke als Netzreserve gebraucht werden. Die Bereitschaft muss mit Netzentgelten entschädigt werden, bezahlt von den Stromkonsumenten. Jetzt wird in Irsching also ein weiteres Gaskraftwerk gebaut, das die meiste Zeit ausser Betrieb ist. Der «Irrsinn von Irsching» gehe weiter, schrieb das «Handelsblatt».

Bundesrat lässt den Bau von Gaskraftwerken abklären

Kraftwerke, die nur die Netzstabilität sichern und kaum je in Betrieb sind – das droht auch in der Schweiz. Denn hier dürfte es bereits in

wenigen Jahren zu Engpässen bei der Stromversorgung kommen, vor allem im Winter.

Immerhin: Die Schweiz hat den Vorteil, über Speicherseen zu verfügen, in denen Wasser für Notlagen zurückbehalten werden kann. Der Bundesrat will die Kraftwerksbetreiber zu sogenannten strategischen Energiereserven verpflichten. Das müsste natürlich entsprechend abgegolten werden.

Nationalrat Stefan Müller-Altermatt (Die Mitte) sprach gegenüber dem «Tages-Anzeiger» von einem möglichen «Backup für die Winterstromlücke».

Schon bald aber könnten diese Reserven nicht mehr ausreichen. Vor allem nach dem Abschalten der vier verbleibenden Atomkraftwerke drohen in der Schweiz beträchtliche Stromlücken. Der Bundesrat hat darum die Elektrizitätskommission beauftragt, ein Konzept für Gaskraftwerke zu erarbeiten, um Mangellagen zu überbrücken.

6 Milliarden Franken für Backup-Kraftwerke

Auch die Mitte-Links-Koalition, die die Energiestrategie 2050 und damit den Atomausstieg durchgedrückt hat, hat offenbar kein Problem mehr mit Gaskraftwerken. Nationalrat Stefan Müller-Altermatt (Die Mitte) sprach gegenüber dem «Tages-Anzeiger» von einem möglichen «Backup für die Winterstromlücke». Auch laut SP-Fraktionschef Roger Nordmann braucht es notfalls Strom aus Gaskombikraftwerken, um den Winter zu überbrücken. Selbst im Klimaplan der Grünen sind Gasturbinen erwähnt, die vor allem in der kalten Jahreszeit Strom produzieren sollen.

Klar ist, dass solche Reservekraftwerke teuer zu stehen kommen. Die Taskforce «Elektrizität» der Gruppierung Kompass/Europa hat den Bau von sechs Gaskraftwerken vor, die während mindestens 35 Tagen im Jahr Strom liefern (siehe hier) vorgeschlagen. Dabei haben Energiekonzerne wie Axpo und BKW in den letzten Jahren selbst Pläne für Gaskraftwerke begraben, die durchgängig produzieren würden – aus Kostengründen. Die Taskforce rechnet mit satten 6 Milliarden Franken, die die Stromkunden über 15 Jahre zu bezahlen hätten.

Der Beitrag erschien zuerst im Schweizer Nebelspalter hier

Die Klimaschau von Sebastian Lüning: Eiskernforscher entdecken Ansatzfehler in Klimamodellen

geschrieben von AR Göhring | 28. November 2021

Die Klimaschau informiert über Neuigkeiten aus den Klimawissenschaften und von der Energiewende.

Themen der 81. Ausgabe: 0:00 Begrüßung 0:24 Export grüner Energie-Technologie gerät ins Stocken 3:29 Aerosole informieren über CO₂-Klimawirkung 10:00 Afrikas Bergwälder als unverhoffte Klimaretter

Die Klimaschau unterstützen können Sie hier:
<http://klimaschau.tv/spenden.htm>

Thematisch sortiertes Beitrags-Verzeichnis aller Klimaschau-Ausgaben:
<http://klimaschau.tv>

BILDLIZENZEN: Made in Germany Briefmarke:
https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Deutschland-Briefmarke_2011-10-15_01.jpg Alle anderen ungekennzeichneten Bilder: Pixabay.com

Kernkraft: Es geht vorwärts mit den Mini-KKW in Europa

geschrieben von Admin | 28. November 2021

Bereits haben Frankreich und Grossbritannien den Bau kleiner modularer Reaktoren angekündigt. Nun will auch Rumänien mithilfe der USA solche Anlagen aufstellen: Die ersten dieser Werke sollen schon in sieben Jahren in Betrieb gehen.

von Alex Reichmuth

Die SVP fordert den Bau neuer Atomkraftwerke in der Schweiz. Denn die Energiestrategie 2050 des Bundes sei gescheitert. Doch bei den anderen Parteien winkt man ab. Neue AKW kosteten zuviel und kämen zu spät.

Wenn AKW-Gegner Gründe gegen die Atomkraft anführen, erwähnen sie meistens die Neubauprojekte Flamanville in Frankreich, Hinkley Point in Grossbritannien und Olkiluoto in Finnland. An diesen Orten ist es zu

jahrelangen Verzögerungen und massiven Kostenüberschreitungen gekommen. Die Beispiele sollen zeigen, dass die Kernenergie allgemein zu teuer und zu kompliziert ist.

Doch jetzt ist eine neue Generation an Atomkraftwerken in Entwicklung, die diesem negativen Bild entgegenstehen könnte: sogenannte Small Modular Reactors (SMR). SMR sind kleine modulare Anlagen, die in Serie entstehen, nur einen Bruchteil der Leistung von grösseren AKW haben und zu attraktiven Preisen aufgestellt werden sollen.

3700 neue Jobs in Rumänien und Amerika

Die ersten SMR in Europa könnten in Rumänien ans Netz gehen. John Kerry, Klimatesandter der amerikanischen Regierung, hat am Rande der Klimakonferenz in Glasgow angekündigt, dass die USA im osteuropäischen Land sechs solche Anlagen bauen wollen. Konkret steht das US-Unternehmen NuScale Power dahinter. Rumänien betreibt derzeit zwei grosse Atomreaktoren, die rund 20 Prozent zur Stromversorgung des Landes beitragen.

Rumänien werde «einen grossen technologischen Sprung» machen, versprach John Kerry.

Vorgesehen sind SMR mit einer Leistung von je 77 Megawatt. Zum Vergleich: Ein grosses AKW hat meist eine Leistung von über 1000 Megawatt. Ans Netz gehen sollen die Anlagen schon in sieben Jahren. Mit dem Projekt sind gemäss Ankündigung 3700 neue Jobs in Rumänien und Amerika verbunden.

«Ein wirklich enormes Potenzial»

Rumänien werde damit «einen grossen technologischen Sprung» machen, versprach Kerry. In der Tat setzt die Atom-Industrie einige Hoffnungen auf Mini-AKW. Die Einführung von SMR könnte die Entwicklung der Kernenergie schon in den kommenden fünf Jahren vorantreiben, stellte Rafael Grossi, Chef der Internationalen Atomenergie-Agentur (IAEA), gegenüber der «Welt» in Aussicht. «Dieser Markt hat ein wirklich enormes Potenzial.»

Die IAEA hat dieses Jahr ihre Prognose zum weltweiten Ausbau der Kernenergie zum ersten Mal seit dem Atomunfall in Fukushima 2011 nach oben revidiert. Bis 2050 könnten sich die Produktionskapazitäten im besten Fall verdoppeln. Das ist aber gemäss der IAEA nur möglich, wenn sich im Atomsektor neue Technologien durchsetzen. Eine Option sind SMR (siehe hier).

Der Bau von AKW soll schneller und günstiger werden

Führend bei der Entwicklung von SMR sind die USA. Hier ist neben Nuscale Power insbesondere das von Bill Gates gegründete Unternehmen Terrapower am Werk. Die Firma will im Bundesstaat Wyoming ein erstes Mini-Atomkraftwerk mit einer Leistung von 345 Megawatt aufstellen.

SMR werden vorfabriziert und am vorgesehenen Standort modulmässig zusammengebaut. Durch die Serienproduktion soll der Bau von Atomanlagen schneller und günstiger werden. In Europa ist der staatliche Stromkonzern Electricité de France (EDF) stark mit der Entwicklung von Mini-AKW befasst.

Frankreich investiert eine Milliarde Euro

Der französische Präsident Emmanuel Macron hat vor kurzem angekündigt, in seinem Land bis 2030 eine Reihe von SMR aufzustellen. Frankreich wendet eine Milliarde Euro für die Entwicklung neuer AKW-Projekte auf. Das Geld fliesst massgeblich in den Bau kleiner Reaktoren von EDF.

Auch Grossbritannien mischt mit. Es fördert ein Mini-AKW-Projekt des britischen Konzerns Rolls-Royce mit umgerechnet 258 Millionen Franken. Bis Mitte des nächsten Jahrzehnts will das Land 10 bis 16 SMR aufstellen. Wenn es gut läuft, soll die Technologie auch exportiert werden.

Kein Thema in der Schweiz und Deutschland

Auch in Bulgarien, Polen und Estland gibt es Pläne für SMR, die bisher aber noch nicht konkretisiert worden sind. Bulgarien und Polen setzen wie Rumänien auf amerikanische Unterstützung. Kein Thema sind die Mini-AKW hingegen in der Schweiz und in Deutschland. Hier sind die Atomkraftgegner tonangebend. Sie dominieren offenbar auch die Medienhäuser: Bis heute ist im deutschsprachigen Raum kaum ein Presseartikel zum SMR-Projekt in Rumänien erschienen.

Mini-Atomkraftwerk in Fessenheim?

Das dürfte die zahlreichen Atomgegner in Basel überhaupt nicht freuen: Nach der Ankündigung von Frankreichs Präsidenten Emmanuel Macron, in neue AKW zu investieren, schlagen mehrere französische Politiker den Standort Fessenheim für Mini-Atomkraftwerke vor. In Fessenheim liefen seit 1977 zwei Atomblöcke, bevor sie letztes Jahr vom Netz genommen wurden. Basel, das nur 50 Kilometer von Fessenheim entfernt liegt, hat massgeblich auf die Abschaltung des Kraftwerks hingewirkt.

Frédéric Bierry, Präsident der Europäischen Gebietskörperschaft Elsass,

bekundet gemäss «SWR» nun Interesse für eine Ansiedlung von Mini-AKW auf elsässischem Boden. Er wisse zwar nicht, ob die Anlagen in Fessenheim an eine neue Generation von Kernreaktoren angepasst werden könnten, sagte er, aber er wünsche, dass sich die Gebietskörperschaft Elsass mit den massgeblichen Akteuren zusammensetze, um diese Frage zu erörtern.

Bierry bekommt Unterstützung von Raphaël Schellenberger, Abgeordneter des Wahlkreises, zu dem Fessenheim gehört. Laut den «Dernières Nouvelles d'Alsace» setzt er sich dafür ein, dass Fessenheim zu einer Pilotregion für die Entwicklung kleiner Atomreaktoren wird: «Die Infrastruktur existiert. Es wäre Verschwendug, sie nicht zu nutzen.»

Ebenfalls für eine weitere Nutzung der Atomkraft ist Claude Brenner, Bürgermeister von Fessenheim. Seine Gemeinde müsse für eine solche Nutzung in Stellung gebracht werden, betonte Brenner gemäss «SWR».

Der Beitrag erschien zuerst im Schweizer Nebelpalter hier